

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 7/20

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Wahlk(r)ampf in Zeiten von Corona: MBI - Nötig wie nie!

Am 13. September finden gleichzeitig 5 Wahlen statt: OB-Wahl, Wahl zum Stadtrat, Wahl der Bezirksvertretungen, Wahl für das Ruhrparlament und die Wahl der ausländischen Mitbürger bzw. Deutschen mit Doppelpass oder Migrationshintergrund zum Integrationsrat (IR). Der IR der Stadt Mülheim besteht aus 13 bei den separaten Wahlen zum IR über verschiedene Listen gewählten Mitgliedern und 8 vom Rat der Stadt entsandten Mitgliedern. Inzwischen gibt es 10 Bewerber als OB, eine Stichwahl am 27. Sept. ist also sehr wahrscheinlich. 6 Parteien (SPD, CDU, Grüne, FDP, Linke, AfD) und 4 Wählergemeinschaften (MBI, WIRausMülheim, BAMH und Bündnis für Bildung) wollen in Rat und Bezirksverteutungen gewählt werden. Die enorm wichtige Wahl zum Ruhrparlament geht in dem völlig zerfaserten Mülheimer Lokalkolorit bisher völlig unter. Und dann gibt es bekanntlich noch die Corona-Beschränkungen mit ohnehin ungewisser Zukunft, was jeweils als nächstes verordnet wird. Bisher ist deshalb unklar, ob sich alleine deshalb überhaupt genügend Wahlhelfer finden, um eine ordnungsgemäße Wahl durchzuführen. Es bietet sich an, auf jeden Fall zu versuchen, vorab ggfs. im Wahlbüro im Rathaus zu wählen, falls das überhaupt erlaubt sein wird, oder aber Briefwahl zu beantragen, was normalerweise bis 3 Tage vor der Wahl möglich ist.

Fazit: Die eher irreguläre Kommunalwahl gleicht einem Überraschungsei!

Mülheim befand sich auch vor Corona bereits in schwerer Krise, doch mit dem montelangen Zwangsstillstand wurde alles erst einmal vollständig überlagert und verschärft. Nach dem Erwachen und dem Ende von Beruhigungspillen durch inflationäres Verschleppen von staatlichen Milliarden wird demnächst die wohl schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Depression 1929 auch in Deutschland einsetzen, das Ruhrgebiet und speziell Mülheim hart treffen.

MBI auf facebook! <https://www.facebook.com/MuelheimerBuergerinitiativen/>

Erkennbarer Verlierer der Kommunalwahl: Die Demokratie



**Für Transparenz.
Es ist unsere Stadt.**

Seit dem 1. August dürfen die vielfältigen OB-Kandidat/innen und Listen Wahlkampf betreiben, "natürlich" nur unter Corona-Beschränkungen. Damit erübrigen sich größere Veranstaltungen, wirklich brauchbare Infostände u.v.m.. Weil zudem das Dauerthema Corona alles dominiert, ist schwer zu sagen, wie dadurch auch Kommunalwahlen dominiert werden. Die Parteien spekulieren natürlich darauf, dass die Bundestrends ihnen helfen, weil die Probleme vor Ort durch die Corona-Maßnahmen bei vielen Wählern in den Hintergrund gedrängt wurden. Die unwürdige Scholten-"Affäre", der VHS-Skandal, die unverhältnismäßige Grundsteuererhöhung, die weiteren perspektivlosen Haushaltsbeschlüsse der Mülheimer Kenia-Koalition SPD, CDU, Grüne u.a. zum ÖPNV, das Herumgeeiere zu den ungeeigneten Wirtschaftsflächen von Kämmerer und M&B, die Filzgeschichten



um Rinas, MWB usw. haben dem Ansehen der kommunalen Mülheimer Demokratie schwer geschadet und sind nun kein Thema? Sehr schädlich!

WIR SIND MÜLHEIM

Auf den folgenden Seiten:

- Sensible Flächen am Schlippenweg verpachten statt sie zu verkaufen!S. 2
 - VHS-Behelfsstandort Aktienstr. mit neuem Programm, perspektivlos und dürrtig!S. 3
 - 10 Jahre Loveparade-Desaster: Der peinliche ex-OB Sauerland meldete sich..... S. 3
 - Ufert Mendacks schon vor Corona dramatische Finanznot erst 2021 aus trotz Totalabsturz 2020? S. 4
- Einlegeblatt:** Mülheim muss sich in der schweren Krise endlich als Teilstadt der Metropole Ruhr verstehen!

Sensible Flächen am Schlippenweg verpachten statt verkaufen!

MBI-Antrag für die Bezirksvertretung 1 am 13.08.2020 TO öffentlich

Betr.: Verpachtung anstatt Verkauf der Flächen am Schlippenweg



In der Ratssitzung am 25.06.20 stellte sich heraus, dass nur die BV 1 für die geplante Grundstücksveräußerung am Schlippenweg zuständig ist. Da keine Sondersitzung der BV in den Ferien stattfand, ist davon auszugehen, dass der Punkt in der Sitzung am 13. August beraten werden soll.

In der Ratssitzung wurde der zuerst nur nichtöffentlich vorgesehene TOP in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil aufgespalten, was auf der Hand liegt, nicht zuletzt weil es sich bei den Flächen im Außenbereich am Schlippenweg um eine ökologisch und städtebaulich ausgesprochen sensible Stelle im Stadtgebiet handelt. Deshalb beantragen die MBI vorsorglich, in der BV ggfs. genauso zu verfahren.

Außerdem möge die BV folgendes beschließen:

Die Bezirksvertretung 1 nimmt Abstand von den Plänen, die 4,7 ha große Fläche zu veräußern und beauftragt die Verwaltung, das Gelände stattdessen an den bisher Kaufwilligen für die Umsetzung des geplanten landwirtschaftlichen Modellbetriebes zu verpachten. Genaue Bedingungen möge die Verwaltung mit dem evtl. Pächter schnellstmöglich aushandeln., u.a. neben dem Pachtzins die Vertragsdauer inkl. der Verlängerungskonditionen sowie die Genehmigung für "privilegiertes Bauen" im Außenbereich, den Neubau der jetzigen verfallenen Hofstelle.

Begründung

Die Fläche am Schlippenweg liegt im Außenbereich, ist Teil des Landschaftsschutzgebietes "Oppspring und Rumbachtal" und grenzt an den ökologisch besonders sensiblen Hang zum Rumbachtal hin. Außerdem liegt das Gelände der Förderschule an der Rembergstraße, die in den Schlippenweg übergeht, in direkter Nähe. Die Fläche sollte aus verschiedenen Aspekten heraus von zusätzlicher Bebauung freigehalten werden. Es war auch Glück, dass sie nicht für ein Flüchtlingsdorf genutzt wurde, wie es in der heißen Phase der Flüchtlingskrise in 2016 geplant und beschlossen worden war, als wesentliche ökologische Aspekte nur eine untergeordnete Rolle spielten. Das gilt heute zum Glück nicht mehr.



Umso erstaunlicher war es, dass der für Außenbereich und sensible ökologische Flächen vorrangig zuständige Naturschutzbeirat für den angedachten Verkauf der Fläche am Schlippenweg bisher nicht beteiligt wurde, was auch nicht dadurch überflüssig sein darf, weil das für den Kauf vorgelegte Konzept für modellhaft digitalisierte landwirtschaftliche Nutzung innovativ und zukunftsweisend aussieht, ohne erkennbare negative Eingriffe in Landschaft und Natur vornehmen zu wollen.

Allerdings: Papier ist geduldig und genau solche Pläne entsprechen dem momentanen Stand der Vorgaben in Zeiten von Klima- und Umweltkrise. Die spätere Umsetzung wird sich wie bei vielen Projekten erst noch beweisen müssen. Wenn aber das zweifelsohne sensible Gelände nicht mehr in städtischem Eigentum ist, wird die Stadt keine wesentliche Einflussmöglichkeit mehr haben, falls der Modell-Bauernhof nicht kommt oder sich nicht rentiert, aus welchen Gründen auch immer. Der neue Eigentümer wird dann sicherlich auch die ausgesprochen vorteilhafte Lage des Grundstücks wie das landschaftlich grüne Umfeld und die relative Nähe und günstige Straßenverbindung zur Autobahn nutzen wollen. "Natürlich" wird in einem Kaufvertrag ein Heimfallrecht und die evtl. Teilhabe der Stadt am Mehrwert bei Weiterveräußerung der Fläche geregelt, wie das üblich ist. In der Realität aber spielen diese Punkte fast nie mehr eine Rolle, alleine schon, weil die Stadt i.d. Regel kein Geld für Rückkäufe hat.

Aus all den Gründen heraus bietet sich an, die sensible Fläche von immerhin 47 ha in städtischem Eigentum zu belassen und für die modellhafte landwirtschaftliche Nutzung zu verpachten. Wenn die interessierte Firma das ernsthaft betreiben will wie in ihrer Konzeption angegeben, so kann sie das auch auf gepachteter Fläche verwirklichen. Ein klar formulierter Pachtvertrag für z.B. 5 oder 10 Jahre mit Verlängerungsoption wird es sicherlich der Firma ermöglichen, die für ihr Projekt notwendigen Kredite zu bekommen. Da es sich um ein Modellprojekt handelt, wird es zudem einfacher sein, auch geeignete Fördermittel zu beantragen, wenn auch die Stadt als Eigentümer mit dabei ist, weil auch dadurch der Aspekt der Nachhaltigkeit glaubhafter darzustellen sein wird. Annette Klövekorn, MBI-Sprecherin in der BV 1

VHS-Aktienstr. mit neuem Programm, perspektivlos dürftig!

"Das neue VHS-Programm für Mülheim ist online abrufbar. Die Volkshochschule bietet im Herbst 2020 rund 300 Kurse und Veranstaltungen an. Das neue VHS-Programm für das 2. Halbjahr 2020 ist seit dem 16. Juli online und wird am 31. Juli und 1. August in Form einer Zeitungsbeilage erscheinen. Das Semester beginnt am 17. August und endet am 18. Dezember." soweit WAZ vom 24.7.20. Klingt doch gut, oder? Ist aber reine Augenwischerei. Es wird halt Vieles nicht gesagt, um so das erwünschte Klischee zu erzeugen.

- 1.) **Wieviele Kurse zustande kommen, liegt in den Sternen, denn die zu engen Flure und andere Corona-Auflagen, der Lärm von der Aktienstr., die nicht gerade einladenden Seminarräume u.v.m. werden die angebotenen Kurse nicht überquillen lassen, sondern im Gegenteil.**
- 2.) **Vor der überfallartigen Schließung der bewährten VHS in der MüGa wurden dort zwischen 500 und 550 Kurse durchgeführt. Die Mülheimer VHS wurde als bereits um ein Drittel bis zur Hälfte dezimiert. Ein Armutszeugnis!**

Die Interims-VHS in dem völlig ungeeigneten Gebäude an der Aktienstr. ist nicht nur unter Corona-Bedingungen kaum mehr als ein Notbehelf und schadet dem sehr wichtigen Bildungszweig Weiterbildung und Integration dramatisch, solange nicht das viel besser geeignete Gebäude in der MüGa wieder genutzt wird! Bereits mit der großen Zuwanderung im Zuge der Flüchtlingskrise hatte VHS in ganz Deutschland einen gehörigen Bedeutungszuwachs erhalten. Nach der VHS-Schließung im Herbst 2017 hat die Stadt Mülheim dabei wichtiges Terrain mutwillig oder fahrlässig anderen überlassen.

Mit den zu erwartenden drastischen Veränderungen als Folgen der Corona-Maßnahmen wird VHS als solche noch viel wichtiger werden bei den großen Veränderungen durch viele Arbeitsplatzverluste und forcierte Digitalisierung. Will die Stadt darauf Einfluss behalten bzw. wieder bekommen, was von enormer Wichtigkeit wäre, muss sie umgehend die VHS in der MüGa wieder betriebsbereit machen und das VHS-Programm auf die Zukunft einstellen.



Will die Stadt darauf Einfluss behalten bzw. wieder bekommen, was von enormer Wichtigkeit wäre, muss sie umgehend die VHS in der MüGa wieder betriebsbereit machen und das VHS-Programm auf die Zukunft einstellen.

Von dem erfolgreichen Bürgerentscheid zur Wiederinbetriebnahme der VHS im denkmalgeschützten und bestens geeigneten Gebäude in der Müga mal ganz zu schweigen!

10 Jahre LoPa-Desaster: Der peinliche Sauerland meldete sich

Vor zehn Jahren kamen bei der Loveparade-Tragödie in Duisburg 21 Menschen ums Leben. Vor Zu- und Abgang des ehemaligen Güterbahnhofs drängten sich in einem Tunnel tausende Technofans. Mehr als 650 Besucher wurden verletzt, viele leiden bis heute darunter. Die Verantwortung wollte weder der Veranstalter Lopavent noch die Stadt noch das für die Einsatzkräfte zuständige Innenministerium übernehmen.

Die Weigerung, politische Verantwortung anzuerkennen, nahmen die Duisburger vor allem ihrem OB Sauerland übel. Eineinhalb Jahre nach der Katastrophe wurde er mit einem Bürgerentscheid hochkarätig aus dem Amt gewählt, weil er nicht freiwillig gehen wollte. Rechts ein Aufkleber, der damals in Duisburg häufig zu sehen war. 129.000 Duisburger wählten OB Sauerland am 12.2.12 ab, 92.000 wären nötig gewesen! Die Duisburger Bürger/innen hatten damit auch den Duisburger Rat korrigiert, in dem gegen die Stimmen von CDU und einigen Grünen die notwendige Zweidrittelmehrheit für einen solchen Bürgerentscheid nicht zustande kam.

Nach langer Zeit meldete Sauerland sich über verschiedene Medien jetzt wieder, kann aber seine Mitschuld immer noch nicht einsehen. **Hätte er doch besser weiter geschwiegen!**

Schuld an der vermeidbaren schrecklichen Tragödie hat "natürlich" nicht nur Sauerland, sondern fast die gesamte damalige politische Nomenklatura, die auf Teufel komm raus mit der LoPa den absoluten event-Rekord brechen wollten als Krönung der Kulturhauptstadt. Dafür wurde gelogen wie bekloppt, wurden mahnende Stimmen kalt gestellt. Das loveparade-Desaster war nicht irgendein Unglück mit Todesfolge. Nein: Dabei wurden zehntausende Menschen regelrecht in die Falle geschickt. Es war sogar richtig Glück, dass es "nur" 21 Tote gab. Es hätten auch hunderte oder tausende sein können! Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn die Affenhitze der Wochen davor zur loveparade angedauert hätte. **Das gesamte Nachspiel war eine Schande für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat!**



Ufert Mendacks schon vor Corona dramatische Finanznot erst 2021 völlig aus trotz Totalabsturz bereits 2020?

Mülheims Stadtkämmerer Frank Mendack wird nicht müde zu betonen, dass die mit 2,1 Milliarden verschuldete Ruhrstadt ohne eine Altschuldenhilfe nicht aus ihrer Finanzkrise herausfinden wird. Das Konjunkturpaket des Bundes alleine werde Mülheim die Finanznot nicht nehmen, sagt Kämmerer Mendack der WAZ in: „**Mülheims Kämmerer fordert Hilfe: Finanznot ufert 2021 aus**“

Mülheims Finanznot war aber bekanntlich schon vor Corona fast hoffnungslos, weil gesetzeswidrig seit 2013 auch bilanziell dramatisch überschuldet, inzwischen mit weit über 600 Mio. € negativem (!) Eigenkapital!! Die Finanznot in Mülheim, besser die Misswirtschaft, ist bereits seit Jahren nicht nur ausgeufert, sondern regelrecht abgesehen! Dazu schrieb die sog. Finanz“aufsicht“ des RP in ihrem Schreiben vom 12.12.2019 zur Genehmigung(!?) des (rechtswidrigen) Mülheimer Etats:



„Aufgrund des hohen, nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags schafft es Mülheim auch unter Zuhilfenahme der Mittel aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen nicht annähernd, den rechtswidrigen Zustand der bilanziellen Überschuldung bis 2023 zu überwinden. Dies gilt umso mehr, als zu der bilanziellen Überschuldung ein hoher Bestand an Liquiditätskrediten tritt“

Also bereits vor Corona eine Haushaltskatastrophe südeuropäischen Ausmaßes durch die letzten drei SPD-Kämmerer seit 2003: Bultmann(idis), Bonan(opulos) und Mendack(orakis) oder so ähnlich, alle unter der OB-Herrschaft von Dagmar Mühlenfeld (SPD).

Zur Erinnerung: **Mülheimer Irrwege, insbesondere der Mühlenfeld-Ära**

Bereits ab 1998 war Mülheim im Nothaushalt. Der größte Tafelsilberverkauf der Stadtgeschichte (RWW, MEG, Abwasser, Grundstücke) sollte Anfang des Jahrtausends dagegen helfen, verpuffte aber recht schnell fast wirkungslos und mit stetig wachsenden Spätfolgen.

Die Kassenkredite wuchsen seit 2003, dem Amtsantritt von Frau Mühlenfeld (SPD) explosionsartig, weil mit vollen Händen Geld ausgegeben wurde, insbesondere für gigantische Vorleistungen von Ruhrbania! Über Umwegfinanzierung per PPP über Private oder durch Ausgliederungen wie MST, jsg, MSD, M&B usw. als GmbHs tätigte die Stadt daneben riesige Investitionen am Haushalt vorbei über die Schattenhaushalte der Beteiligungsholding BHM. Hinzu kamen noch unverantwortliche Spekulationsabenteuer mit swaps (Zinswetten) und Währungswetten (Schulden in Schweizer Franken) mit jeweils zweistelligen Millionenverlusten für die Stadtkasse. Auch das krampfhaftes Festhalten an den fast 10 Millionen Aktien des krisengeschüttelten RWE-Konzerns garantierte zwar der ex-OB ihren höchst lukrativen Aufsichtsratsposten, fügte der Stadt aber enormen Schaden zu.



Über Jahre warnten die MBI immer wieder, doch sie stießen nur auf taube Ohren vor Ort und zgedrückte Augen bei der Finanzaufsicht der Behörde der sog. Bezirksregierung des RP.

Mülheim war folgerichtig bereits vor Corona unangefochten NRW-Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung mit ca. 11.500 €/Kopf, hatte weit über 2 Milliarden Schulden, über 1,1 Milliarden Kassenkredite („Kredite zur Liquiditätssicherung“) und ein negatives (!) „Eigenkapital“ von über 600 Mio. €, ist also dramatisch bilanziell überschuldet. Und das trotz lange Zeit viel besserer Bedingungen als alle anderen Ruhrgebietsstädte mit geringerer Arbeitslosigkeit und einer robusten, diversifizierten Wirtschaft. Das aber war einmal und ist nach Corona wohl nur noch größtenteils Geschichte..

Auch die jahrelange Niedrigstzinsphase und fast ein Jahrzehnt ununterbrochener Wirtschaftsboom haben die dramatische Explosion von Kassenkrediten und vor allem bilanzieller Überschuldung in Mülheim nicht aufgehalten, anders als fast überall sonst in Deutschland und sogar in Ansätzen im Ruhrgebiet.

Wie genau das Finanzdesaster mit den zusätzlichen riesigen Einnahmeeinbrüchen durch die Corona-Maßnahmen aussieht, ist zur Zeit noch nicht einmal genau absehbar.

Natürlich sind auch die MBI dafür, dass der hoffnungslos überschuldeten Stadt Mülheim geholfen werden muss, u.a. mit dem laufenden Stärkungspakt und noch mehr mit einer Art Schuldenerlass. Dies aber wird wirkungslos verpuffen, wenn “Weitermachen wie gehabt” vor Ort praktiziert wird, was das haftende Land auf Dauer sicher nicht zulassen kann. **Die MBI haben einige Vorschläge für die notwendigen strukturellen Änderungen gemacht, doch noch will keine/r offen darüber reden!**

Einlegeblatt

Mülheimer Bürger- Initiativen

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

MBI

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

"MBI - Nötig wie nie!"

Mülheim muss sich als Teilstadt der Metropole Ruhr verstehen!

Auch wenn es bei der Kommunalwahl in Mülheim wenige Stimmen dafür gibt, fordern die MBI: Nur ein radikaler Abbau der verschwenderischen, ineffizienten Kirchturmpolitik hilft in der schweren Ruhrgebietskrise, die mit Corona einen weiteren Tiefschlag erleidet:

Das Ruhrgebiet auf dem Weg zum "rustbelt"?

Die Zeichen für das Ruhrgebiet standen schon vor Corona auf Sturm. Doch der lockdown als Pandemiebekämpfung hat noch einmal alle Probleme von Deutschlands größtem Ballungsraum mit seinen über 5,1 Millionen Menschen deutlich verschärft. Die Krise der Automobilindustrie trifft viele Zuliefererfirmen im Revier hart, der größte verbliebene Stahlkonzern Thyssen-Krupp zerfällt im Affentempo, der Karstadt-Kaufhof-Kahlschlag ist auch für die ohnehin kriselnden Ruhrstädte verheerend, der Kohleausstieg schlägt ebenfalls voll ins Kontor u.v.m.. Die Haushaltslage aller Teilstädte der Metropolregion Ruhr stürzt folgerichtig ins Bodenlose, zumal der Bund die Altschulden nicht übernehmen wollte.



Finanziell am schlechtesten geht es Mülheim, dem unangefochtenen Spitzenreiter bei Pro-Kopf-Verschuldung und mit sogar einer heillosen auch bilanziellen Überschuldung

Ob mit oder ohne Sparkommissar: Der lange überfällige Einstieg auch in Mülheim in ernsthaftere Befassung mit Möglichkeiten für mittel- und längerfristige Strategien von Haushaltskonsolidierung muss jetzt wirklich beginnen. Und dabei muss ein Hauptschwerpunkt liegen im

"Radikaler Abbau der verschwenderischen, ineffizienten Kirchturmpolitik"

Wirtschaftsboom, Niedrigstzinsen und sprudelnde Steuereinnahmen hatten im letzten Jahrzehnt auch den meisten deutschen Städten Überschüsse beschert. Doch diese Periode ist mit Corona endgültig zu Ende, im Ruhrgebiet sogar noch einschneidender durch die rasanten Änderungen u.a. im Auto-, Energie- und Stahlsektor. **Dieses endgültige Ende der Boomphase hat das gesamte Ruhrgebiet bereits empfindlich getroffen und die Konkurrenz zwischen den Kirchtürmen (real nur Stadtteile der Metropole) wird noch stärker befeuert werden als zuvor, ob um Firmenansiedlungen, Zuzug finanzkräftiger Bewohner, Ausweisung von Grünflächen für Eigenheimsiedlungen, Einkaufs- und Freizeitanlagen, Landes- oder Bundeszuschüsse, Lehrer, Erzieherinnen, Altenpfleger u.v.v.m.** In der Krise und Rezession des gesamten Wirtschaftsstandorts Deutschland würde die Kannibalisierung der Ruhrstädte untereinander fast das gesamte bereits strukturschwache Revier richtig in Schwierigkeiten bringen, wenn nicht bald eine andere Politik einsetzt. Mit immer mehr sog. abgehängten Stadtteilen im größten deutschen Ballungsraum kommt dann folgerichtig auch ganz NRW in Schieflage.

Auch deshalb muss die Landesregierung, egal welcher Couleur, mit den Alibi-Kampagnen wie der lächerlichen Ruhrkonferenz aufhören und aktiv das Heft in die Hand nehmen, um die eigenbrötlerischen Teilstädte zu Arbeitsteilung und Fusionierung von Teilbereichen zu zwingen. Nur darin wird bereits mittelfristig die einzig wirkliche Möglichkeit bestehen, dass auch das abgewirtschaftete Mülheim wieder Perspektive bekommt, wenn auch nicht mehr als vollständig autonom handelnder Kirchturm.

Beim ÖPNV pfeifen es die Spatzen bereits von allen Dächern, dass der sehr teure und ineffiziente Nahverkehr nur noch über gemeinsame Verkehrsgesellschaften und einen gemeinsamen Nahverkehrsplan entwickelt und als Standortnachteil verbessert werden kann.

b.w.

"Natürlich" kann auch beim Personal kurzfristig nicht wirklich in größerem Maße gekürzt werden. Deshalb müssen unverzüglich vorher die zukünftigen Aufgabenbereiche definiert werden. Und hier gilt genau wie beim ÖPNV, dass nur der schnellstmögliche Umstieg auf städteübergreifende Arbeitsteilung innerhalb der Metropole Ruhr auch finanziell erfolgversprechend sein wird. Dass die sprichwörtliche Filz-, Vettern- und Cousinenwirtschaft in der einstigen Herzkammer der SPD bei der Gelegenheit genauso reduziert werden könnte wie die unüberschaubar vielen Ausgliederungen und GmbHs aller Kirchtürme mit all ihren teuren Wasserköpfen, Aufsichtsräten, Beratern usw., was auch in Mülheim dringend notwendig wäre, angefangen nicht zuletzt bei Wirtschaftsförderung, Veranstaltungsmanagement uswuf..

Doch wie gesagt: Wenn auch diese Landesregierung sich nicht traut, in der Richtung aktiver zu werden, wird sich das Ruhrgebiet in weiten Teilen zum Riesenproblem entwickeln. Und Mülheim ist wie so oft Vorreiterstadt.

Vor Corona hatte Mülheim kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Doch nun treffen verminderte Einnahmen auf noch zusätzlich größere Ausgaben - eine haushaltsmäßige Hyperkatastrophe! Reale Ausgabenkürzung in großem Maße, wie die Haushaltslage es erfordern würde, ist aber auf der bisherigen Basis nicht wirklich möglich und noch weniger sinnvoll, will man das städtische Leben nicht ganz abmurksen. Weitere zusätzliche Einnahmensteigerungen über Grund-, Gewerbesteuer, Gebühren und Abgaben wird nur noch wenig einbringen, aber auf Dauer kontraproduktiv das Gegenteil bewirken und sich Stück für Stück zu einem Teufelskreis entwickeln.

Corona-Folgen wie die rasant beschleunigte Verödung der Innenstädte

Laut den Prognosen des Kreditversicherers Euler Hermes rollt eine beispiellose Pleitewelle auf die deutsche Wirtschaft zu. Und nicht nur auf die. Bis Ende 2021 geht die Allianz-Tochter von einem Anstieg der globalen Insolvenzen um mehr als ein Drittel im Vergleich zu 2019 aus. **Eine Branche, die in Deutschland mit am stärksten betroffen sein wird, sind die Innenstadt-Geschäfte.** Zu Recht schlägt der



Handelsverband Alarm: *„Die Innenstädte haben es mit einem dreifachen Tsunami zu tun: dem Strukturwandel im Einzelhandel, der Digitalisierung und der Corona-Pandemie“*, sagt Boris Hedde vom Kölner Institut für Handelsforschung. Bis zu 50.000 Geschäfte könnten schließen müssen, befürchtet der Handelsverband Dehoga. Ein viertes Problem kommt übrigens noch hinzu, wenn man u.a. an die kürzlichen Krawalle in Stuttgart, Frankfurt usw. denkt. Frustrierte junge

Menschen, vor allem junge Männer, viele mit Migrationshintergrund, verwandeln insbesondere Innenstädte zumindest zeitweise zu Angsträumen. Und die Verteilungskämpfe werden rabiater, wenn die kaum noch vermeidbare schwere Wirtschaftskrise erst ihre ganz Wucht verbreitet.

Die Schlossstr. in Mülheim, die noch in den 90er Jahren zu den belebtesten und beliebtesten Einkaufsstraßen weit und breit zählte (Bild rechts von damals an einem Spitzentag), belegte z.B. 2015 mit mageren 1355 Passanten nur noch den Rang 156 von 170 deutschen Städten. Zum Vergleich: Die Limbecker Straße in Essen lag mit 6770 immerhin noch auf Platz 21. **Die Mülheimer Innenstadt war bereits lange vor Corona durch die gesamten Ruhrbania-Maßnahmen von OB Mühlenfeld (SPD) und der (Fehl-)Planungsdezernentin Sander (Grüne) die deutsche Großstadt mit dem massivsten "downgrading" ihrer Innenstadt.** Vieles wie die vermurkste Verkehrsführung, der Abriss von Rathausneubau und Bücherei, die Zerstörung des Wochenmarkts am Rathausplatz uswuf.... ist nicht mehr reparabel.



Auf Einladung der SPD-OB-Kandidatin Monika Griefahn befasste sich nun ein runder Tisch Ende Juli einmal mehr mit der Zukunft der Mülheimer Innenstadt. Der große Wurf blieb aus, wie selbst die WAZ bemerkte. **Kein Wunder, wenn man die Realität nicht zur Kenntnis nehmen will.**

Fazit und was für Mülheim vonnöten wäre

Ob Innenstadtverödung, Haushaltsdesaster, geplanter Ausverkauf der für Durchlüftung, Hochwasserschutz, Naherholung wichtigen Flächen, konzeptlose Verkehrspolitik in Ri. Verkehrswende, Integrations- und Bildungsprobleme für Jugendliche mit Migrationshintergrund, mutwillig dezimierte Möglichkeiten für die wachsende Bedeutung von Weiterbildung durch den VHS-Skandal u.v.m.: **All das wird Mülheim kaum noch alleine bewältigen auch wegen der enormen Mülheimer Fehlentwicklungen bereits vor Corona. Nur als Teilstadt der Metropole Ruhr wird es bessere Möglichkeiten geben, d.h. auch, dass der Mülheimer Kirchturm einige Entscheidungskompetenzen wird abgeben müssen!**